Dezernat Finanzen, Beteiligungen und Theater

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 1179/25

Titel der Drucksache

Kommunale Verpackungssteuer sozial gerecht: Einnahmepotenziale für Preise und Qualität bei KiGa und Schulessen

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben?	Nein.
Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung?	Nein.
Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor?	Nein.

Stellungnahme

Zur DS wird wie folgt Stellung genommen:

Beschlusspunkt

01 Der Stadtrat stellt fest, dass sich im Zusammenhang mit der Prüfung der Einführung einer Verpackungssteuer sich dauerhafte Einnahmepotenziale der Landeshauptstadt erhöhen könnten. Diese Einnahmepotenziale sollten hinsichtlich einer soziale gerechneten Verwendung entsprechenden der nachfolgenden Punkte verwendet werden. Die Prüfergebnisse werden im III. Quartal 2025 angelehnt an die Prüfung Verpackungssteuer vorgelegt.

02 Die Stadtverwaltung prüft, ob mit Mehreinnahmen aus einer Verpackungssteuer in allen Erfurter Kindergärten ein Zuschuss bzw. Absenkung der Verpflegungsentgelte in Kindergärten/Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sichergestellt werden kann.

03 Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit sich aus den Einnahmen aus einer Verpackungssteuer Spielräume für die Gegenfinanzierung einer breit aufgestellten Qualitätsverbesserung der Verpflegung, insbesondere mit Fairtrade und Bio-Offensive, in Erfurter Kindergärten/Kindertagesstätten und Schulen ergeben könnten.

Bzgl. der BP 02 und 03 sind die Elternvertretungen und das Schülerparlament einzubeziehen.

Stellungnahme

Grundsätzlich muss zu Drucksache darauf hingewiesen werden, dass über die Einführung eine Verpackungssteuer bisher weder abschließend im Stadtrat entscheiden worden ist, noch eine entsprechende genehmigte Satzung zur Erhebung einer Verpackungsteuer vorliegt. Von daher ist es nicht zielführend zum jetzigen Zeitpunkt bereits über eine mögliche „Verwendung“ von Einnahmepotenzialen zu befinden. Auch kann der Stadtrat von daher, gemäß Formulierung im BP 01 Satz 1, noch gar nicht feststellen, ob sich überhaupt ein dauerhaftes Einnahmepotenzial ergeben könnte.

Es ist darauf hinzuweisen, dass eine etl. mögliche Einnahmeerzielung durch die Einführung der vorgeschlagenen Verpackungssteuer nicht zweckgebunden für Kindertageseinrichtungen oder Schulen einsetzbar ist. Laut Artikel 106 Absatz 6 Grundgesetz (GG) ist korrespondierend geregelt, dass Einnahmen aus Örtlichen Aufwand- und Verbrauchsteuern den Gemeinden vollumfänglich zur allgemeinen Deckung der Ausgaben des städtischen Haushaltes insgesamt zufließen.

Gemäß § 3 AO sind Steuern Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft.

Die Verwendung der Einnahmen einer möglichen Verpackungssteuer darf somit nicht produktgebunden sein und dient ausschließlich zur allgemeinen Deckung der kommunalen Aufgaben der Landeshauptstadt Erfurt.

Von daher ist die Intention der DS 1179/25 nicht zulässig.

Es wird auf die Stellungnahmen der Verwaltung zur DS 1175/25 – Kommunale Verpackungssteuer (Einreicher Fraktion Die Linke) und zur DS 1176/25 - Einführung einer Kommunalen Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt (Einreicher Fraktion SPD & PIRATEN, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt) verwiesen.

Die Einführung einer Satzung zur Erhebung einer Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt ist in 2025 bzw. 2026 kurzfristig nicht realisierbar.

Ergänzend wird vorgetragen, dass die Einführung der Verpackungssteuer mindestens bis Ende 2027 zurückgestellt werden sollte. Parallel sind dann auch die notwendigen, insbesondere personellen, Ressourcen zu schaffen.

Die Einnahmeerwartungen aus einer Verpackungssteuer sind dabei nicht bezifferbar. Damit stehen auch keine Deckungsmittel für eventuelle Mehrausgaben zur Verfügung.

Aus fachlicher Sicht wird noch ergänzt, dass derzeit 51 Schulen über externe Caterer versorgt werden. Die Caterer schließen nach Abschluss einer öffentlichen Ausschreibung einen Dienstleistungskonzessionsvertrag (DLK) mit der Stadt Erfurt und versorgen auf eigenen Namen, auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko die Schüler mit Mittagessen. Im Rahmen der DLK wird bereits ausdrücklich die Versorgung mit Fairtrade- und Bio-Produkten geregelt. Eine darüberhinausgehende Regelung ist eigentlich nicht notwendig.

Die Erhebung einer solchen o.g. Steuer hätte demnach keinen Einfluss auf die Art und Weise oder die Qualität der Verpflegungsversorgung durch die Caterer. Auch nicht auf die Preise für die Eltern der betroffenen Schülerinnen und Schüler. Denkbar wären i. d. Z. dann nur zusätzlich gewünschte Auflagen bei der nächsten DLK-Vergabe.

Im Grundsatz steht den fachlichen Verbesserungen der Verpflegung mit Fairtrade etc. auch aus Sicht des Jugendamtes nichts entgegen. Allerdings hat dies inhaltlich nichts mit der Verpackungssteuer zu tun. Aspekte zur Verbesserung der Qualität müssten wie auch im Schulbereich im Rahmen der nächsten Ausschreibungen mit berücksichtigt werden.

Zusammenfassend wird aus Sicht der Verwaltung die Einführung einer Satzung zur Erhebung einer Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt aktuell nicht empfohlen.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass es aktuell verschiedene Initiativen auf kommunaler Ebene, aber auch Landes-, Bundes- oder EU-Ebene gibt, hier zukünftig regulatorisch einzugreifen. Damit kann eine kommunale Satzung ggf. nicht eingeführt oder die Umsetzung einer bestehenden Satzung für die Zukunft aufgehoben werden.

Nicht jede Kommune schließt sich dem Trend der Einführung einer weiteren kommunalen Steuer mit sehr hohem Verwaltungsaufwand an. Beispielsweise wurde in der Stadt Halle bereits eine Vorlage zur Einführung der Verpackungssteuer mehrheitlich vom zuständigen Wirtschaftsrat abgewiesen.

Die Verwaltung empfiehlt die StR-Drucksache abzulehnen.

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Anlagenverzeichnis

gez. Linnert

Unterschrift Beigeordneter Finanzen,
Beteiligungen und Theater

20.05.2025

Datum